



Bundesministerium  
der Finanzen



Freiheit  
Einheit  
Demokratie

**Hartmut Koschyk**  
Parlamentarischer Staatssekretär

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Carsten Sieling  
Platz der Republik  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-42 45

FAX +49 (0) 30 18 682-44 04

E-MAIL Hartmut.Koschyk@bmf.bund.de

DATUM 24. November 2010

BETREFF **Ihre schriftliche Frage Nr. 171 für den Monat November 2010**

GZ **IV D 4 - S 1900/10/10039 :003**

DOK **2010/0922592**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Sehr geehrter Herr Kollege,

Ihre Frage,

„Kann die Bundesregierung Medienberichte ([www.zeit.de/wirtschaft/2010-09/finanzsteuer-schaeuble-sparpaket](http://www.zeit.de/wirtschaft/2010-09/finanzsteuer-schaeuble-sparpaket)) bestätigen, wonach Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auf einer Veranstaltung des CDU-Wirtschaftsrates am 22. September 2010 erklärt habe, dass er „kein Freund“ der Finanztransaktionssteuer sei und diese Steuer nicht auf seine Initiative in das von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Vizekanzler Dr. Guido Westerwelle am 7. Juni 2010 vorgestellte Konzept zur „Beteiligung des Bankensektors an den Kosten der Finanzmarktkrise“ aufgenommen wurde und wenn ja, wie kann die Bundesregierung sich die Widersprüchlichkeit zwischen den Aussagen des Bundesministers der Finanzen und den Aussagen der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Finanztransaktionssteuer vor dem Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestages am 29. September 2010 erklären (dapd, 29. September)?“;

beantworte ich wie folgt:

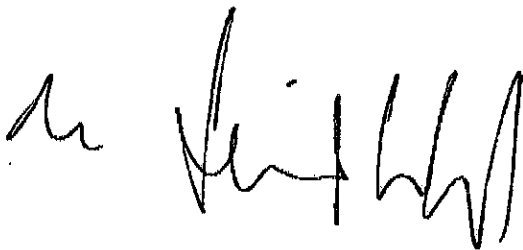
Der von Ihnen vermutete Widerspruch besteht nicht.

Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble hat sich nicht gegen die geplante Finanztransaktionssteuer gewandt, sondern lediglich auf das dabei bestehende Haushaltsrisiko in der mittelfristigen Finanzplanung hingewiesen. Er hat schon mehrfach auf das bestehende Restrisiko aus der Finanztransaktionssteuer für den Bundeshaushalt aufmerksam gemacht, z. B. in der Bundespressekonferenz am 1. September 2010 und auch bei der Haushaltseinbringung im Parlament.

Seite 2

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesfinanzminister, setzt sich intensiv dafür ein, dass der Finanzsektor angemessen an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise beteiligt wird. Die Bundesregierung bemüht sich um eine abgestimmte internationale, zumindest aber europäische Lösung bei der Einführung einer Finanztransaktionsteuer. Dazu werden Gespräche sowohl auf politischer als auch auf fachlicher Ebene mit einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Europäischen Kommission geführt. Aufgrund dieser Initiative werden derzeit auf europäischer Ebene verschiedene Optionen zur Besteuerung des Finanzsektors in der Tax Policy Group unter Vorsitz der Europäischen Kommission und unter Beteiligung aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union erörtert. Die Ergebnisse dieser Diskussionen sollen in der ersten Hälfte des Kalenderjahrs 2011 vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. Schäfers', written in a cursive style.